

## **BFH-Leitsatz-Entscheidungen**

1. **Kindergeld: Anrechnung von nicht im EU-Ausland beantragten Familienleistungen auf Kindergeld nach deutschem Recht**  
Urteil vom 09.12.2020, Az: III R 73/18
2. **KraftStG: Bindungswirkung von sog. Von-bis-Werten in einer Zulassungsbescheinigung; Zulässigkeit der Entscheidung aufgrund Beratung im Rahmen einer Videokonferenz**  
Urteil vom 10.02.2021, Az: IV R 35/19
3. **KraftStG: Steuerbefreite Krankenförderung bei ärztlicher Verordnung**  
Urteil vom 17.12.2020, Az: IV R 41/19
4. **KraftStG: Keine Steuerbefreiung für Beförderung zu Tagespflege**  
Urteil vom 17.12.2020, Az: IV R 40/19
5. **Reisekosten: Kein Ansatz von pauschalen Kilometersätzen bei Benutzung von regelmäßig verkehrenden Beförderungsmitteln i.S. des BRKG**  
Urteil vom 11.02.2021, Az: VI R 50/18
6. **Reisekostenrecht: Erste Tätigkeitsstätte bei grenzüberschreitender Arbeitnehmersendung**  
Urteil vom 17.12.2020, Az: VI R 21/18
7. **MiLoG: Anwendbarkeit auf ausländische Transportunternehmen**  
Urteil vom 18.08.2020, Az: VII R 34/18

### **Urteile und Beschlüsse:**

1. **Kindergeld: Anrechnung von nicht im EU-Ausland beantragten Familienleistungen auf Kindergeld nach deutschem Recht**  
Urteil vom 09.12.2020, Az: III R 73/18
  1. Nimmt ein Bezieher von Kindergeld eine Erwerbstätigkeit im EU-Ausland auf, ohne die Familienkasse darüber zu informieren, so ist der Anspruch auf Familienleistungen nach dem Recht des ausländischen EU-Mitgliedstaats, der aufgrund der Erwerbstätigkeit vorrangig zuständig zur Gewährung von Familienleistungen geworden ist, auch dann nachträglich auf das nach deutschem Recht gewährte Kindergeld anzurechnen, wenn der Kindergeldberechtigte die ihm im Auslandsstaat zustehenden Familienleistungen dort nicht beantragt und bezogen hat.

2. Die Fiktion des Art. 68 Abs. 3 Buchst. b der VO Nr. 883/2004 , wonach der im nachrangig zuständigen Mitgliedstaat gestellte Antrag auf Familienleistungen zugleich als Antrag gilt, der im vorrangig zuständigen Mitgliedstaat gestellt worden ist, wirkt auch dann, wenn die Familienkasse den im Inland gestellten Kindergeldantrag nicht an den ausländischen Träger weiterleitet, weil ihr ein Auslandsbezug nicht bekannt ist.

**2. KraftStG: Bindungswirkung von sog. Von-bis-Werten in einer Zulassungsbescheinigung; Zulässigkeit der Entscheidung aufgrund Beratung im Rahmen einer Videokonferenz**

Urteil vom 10.02.2021, Az: IV R 35/19

1. Sog. Von-bis-Werten in der Zulassungsbescheinigung Teil I kommt nur insoweit Bindungswirkung für die Festsetzung der Kraftfahrzeugsteuer zu, als die vorgegebenen Mindestwerte nicht unterschritten bzw. die Höchstwerte nicht überschritten werden dürfen.

2. Zur Zulässigkeit von Entscheidungen aufgrund einer Beratung im Rahmen einer Videokonferenz.

**3. KraftStG: Steuerbefreite Krankenförderung bei ärztlicher Verordnung**

Urteil vom 17.12.2020, Az: IV R 41/19

1. Eine Krankheit i.S. des § 3 Nr. 5 KraftStG ist bei einem anomalen körperlichen, geistigen oder seelischen Zustand anzunehmen, der nach herrschender Auffassung einer medizinischen Behandlung bedarf. Die Behandlungsbedürftigkeit schließt eine gewisse Dringlichkeit der Beförderung ein; das Vorliegen eines dringenden Soforteinsatzes ist jedoch nicht erforderlich (Anschluss an BFH-Urteile vom 13.09.2018 – III R 10/18 , BFHE 262, 532, Rz 12, und vom 10.06.2019 – III R 47/18 , BFHE 265, 466, Rz 14 f.).

2. Eine nach § 3 Nr. 5 KraftStG steuerbefreite Krankenförderung setzt keine fachgerechte Betreuung während der Fahrt voraus.

3. Liegt der Beförderung einer Person eine ärztliche Verordnung zugrunde, so ist der Nachweis erbracht, dass die Beförderung eines Erkrankten im Zusammenhang mit einer medizinischen Behandlung erfolgt.

**4. KraftStG: Keine Steuerbefreiung für Beförderung zu Tagespflege**

Urteil vom 17.12.2020, Az: IV R 40/19

Der für eine Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 5 KraftStG erforderliche Zusammenhang zwischen der Beförderung eines Kranken und dessen medizinischer Behandlung liegt nicht vor, wenn Personen zu einer Tagespflegestelle befördert werden.

**5. Reisekosten: Kein Ansatz von pauschalen Kilometersätzen bei Benutzung von regelmäßig verkehrenden Beförderungsmitteln i.S. des BRKG**

Urteil vom 11.02.2021, Az: VI R 50/18

Der Ansatz der pauschalen Kilometersätze nach § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4a Satz 2 EStG anstelle der tatsächlichen Aufwendungen gemäß § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4a Satz 1 EStG für sonstige berufliche Fahrten kommt nicht in Betracht, wenn der Steuerpflichtige ein regelmäßig verkehrendes Beförderungsmittel i.S. des § 4 Abs. 1 BRKG benutzt.

**6. Reisekostenrecht: Erste Tätigkeitsstätte bei grenzüberschreitender Arbeitnehmerentsendung**

Urteil vom 17.12.2020, Az: VI R 21/18

Erste Tätigkeitsstätte bei grenzüberschreitender Arbeitnehmerentsendung ist die ortsfeste betriebliche Einrichtung des aufnehmenden Unternehmens, der der Arbeitnehmer im Rahmen eines eigenständigen Arbeitsvertrags mit dem aufnehmenden Unternehmen für die Dauer der Entsendung zugeordnet ist.

**7. MiLoG: Anwendbarkeit auf ausländische Transportunternehmen**

Urteil vom 18.08.2020, Az: VII R 34/18

1. Der Bundesgesetzgeber durfte der Zollverwaltung gemäß Art. 87 Abs. 3 Satz 2 GG die Prüfung der Einhaltung der Pflichten eines Arbeitgebers nach § 20 MiLoG übertragen.

2. Transportunternehmen mit Sitz im Ausland, deren Arbeitnehmer im Inland tätig sind, sind verpflichtet, eine Überprüfung der tatsächlich im Inland verrichteten Arbeiten nach dem MiLoG zu dulden.